



Arena Analyse

Demokratieforum

Risiken und Chancen für die Demokratie

Im Auftrag des
Oberösterreichischen Landtags
und der Initiative
Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Walter Osztovics, Andreas Kovar:

Arena Analyse Demokratieforum
Risiken und Chancen für die Demokratie

Im Auftrag des Oberösterreichischen Landtags und der Initiative Wirtschaftsstandort
Oberösterreich

Linz, Oktober 2020

Satz und Layout: Kovar & Partners, Wien
Umschlag: cdc | brandcreation, Wien

Walter Osztovics, Andreas Kovar

Arena Analyse

Demokratieforum

Risiken und Chancen für die Demokratie

Im Auftrag des Oberösterreichischen Landtags und
der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Inhalt

Vorwort	3
Einleitung und Zusammenfassung	5
Welche Trends verändern die Demokratie?	7
1. Wer gehört zum Demos?	8
2. Sachzwänge und große Ziele	11
3. Vertrauen in die Politik	13
4. Diskursqualität	14
5. Unterschiedliche Machtverhältnisse	15
6. Rolle der Medien für den demokratischen Diskurs	16
7. Positive Entwicklungen: Megatrend Partizipation	17
8. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz	19
Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung	20
Autoren	21

Vorwort

Es ist auch heutzutage nicht selbstverständlich, in einer funktionierenden Demokratie zu leben. Demokratie ist keine Gabe, sondern für uns eine ständige Herausforderung, sie zu stärken, weiter zu entwickeln und zu modernisieren. In Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft ist unsere Demokratie die Basis für Frieden, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle.

Deshalb initiierte der Oö. Landtag gemeinsam mit der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ dieses Demokratieforum, das eine breite, überregionale, persönliche sowie überparteiliche Beteiligung ermöglicht.

Demokratie bedeutet einen gemeinsamen Dialog zu führen, der auf die Stärken jeder und jedes Einzelnen zurückgreift. Demokratie lebt vom Einsatz und Beitrag einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers. Denn es ist unseres Erachtens wichtig, dass ausgiebig diskutiert wird. Dabei dürfen die Regeln des Anstandes und des Respekts gegenüber jeder und jedem nicht außer Acht gelassen werden. Dies verstehen wir als eine lebendige Demokratie mit kritischer Auseinandersetzung bzw. kritischem Diskurs.

Als wichtige Aspekte der Onlinediskussion sehen wir auch das Vertrauen in die Politik und die politischen Akteure in Verbindung mit Transparenz. Transparente Gesetzesbeschlüsse, die jede und jeden bereits in der Entstehungsphase miteinbeziehen, und Entscheidungen, die verständlich erklärt und nicht nur verkündet werden, müssen Usus in der Politik sein. Nur so können wir das Vertrauen in die Politik und politische Entscheidungen bekräftigen.

In den Vordergrund muss ebenso wieder verstärkt der Kontakt und Gespräche von politischen Akteuren mit den Bürgerinnen und Bürgern rücken. Dazu sind aus unserer Sicht unsere föderalen Strukturen prädestiniert. Denn je kleiner die Einheit, desto größer die Bürgernähe, die Transparenz, die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und vor allem das Vertrauen in die Politik.

Für die unzähligen Beiträge und Kommentare möchten wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bedanken. Sie haben einen wichtigen Beitrag in die Weiterentwicklung, Stärkung und Modernisierung der Demokratie in Österreich geleistet. Wir bitten Sie aber zugleich, beteiligen Sie sich auch weiterhin. Wir brauchen Demokratinnen und Demokraten.

Wolfgang Stanek

Präsident des
Oberösterreichischen Landtags

Gottfried Kneifel

Geschäftsführer der Initiative
Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Einleitung und Zusammenfassung

Am 1. Oktober 2020 wurde die Österreichische Bundesverfassung 100 Jahre alt – jene Verfassung, deren Artikel 1 lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Wie es allerdings im politischen Alltag um die Demokratie bestellt ist, darüber werden oft Klagen laut. Das Jubiläum der Verfassung, hat daher der Oberösterreichische Landtag auf Initiative seines Präsidenten Wolfgang Stanek und dessen Stellvertreter DI Dr. Adalbert Cramer und Gerda Weichsler-Hauer gemeinsam mit der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) zum Anlass für eine Demokratie-Offensive genommen.

Das Ziel: Aktuelle Trends in der Demokratie sollen im Positiven wie im Negativen offen diskutiert werden. Wie verändert sich die Demokratie angesichts von Digitalisierung und Globalisierung? Mit welchen Bedrohungen müssen sich die Verteidiger der Demokratie auseinandersetzen? Wo gibt es Chancen für neue Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Geschehen?

Die Einladung zum Mitmachen ging an alle interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger, an Institutionen, Verbände, Parteien und Medien.

Im Sommer 2020 startete eine lebhaft Online-Diskussion, an der sich auch eine Reihe von namhaften Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie aktiven und ehemaligen Akteuren der Politik beteiligt haben. Dabei kamen zahlreiche spannende Beobachtungen und interessante Vorschläge zu Tage.

In Österreich ist die Demokratie nicht grundsätzlich in Gefahr, so die nahezu übereinstimmende Meinung, aber einige Fehlentwicklungen geben Anlass zur Sorge. Drei Cluster von Problemen werden besonders häufig genannt:

- ▶ Der Verlust des Vertrauens in die demokratischen Institutionen und in die gewählten Politiker,
- ▶ die drohende Zerstörung des öffentlichen Diskurses durch die sozialen Medien sowie
- ▶ die schleichende Ausgrenzung von ganzen Bevölkerungsgruppen aus der demokratischen Mitwirkung.

Warum schwindet das Vertrauen in die Demokratie? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, zum Beispiel, dass die politischen Prozesse oft schwer durchschaubar und die Gesetze, die zuletzt herauskommen, für Normalbürger und -bürgerinnen nahezu unlesbar sind.

Außerdem haben die Regierenden ein wesentliches Versprechen in den letzten zwei Jahrzehnten nicht eingehalten, nämlich Wohlstand und Lebenschancen für alle Menschen zu garantieren. Jene Bevölkerungsgruppen, die zu den realen Verlierern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche gehören, wenden sich deshalb auch von der Demokratie ab.

Der toxische Einfluss von Online-Foren auf den demokratischen Diskurs wurde oft beklagt. Im Demokratieforum tauchen dazu mehrere interessante Vorschläge auf, unter anderem die Etablierung von Online-Foren, die sich bewusst dem qualitativ-sachlichen Diskurs widmen, so wie es auch das Demokratieforum zum Ziel hat.

Ein anderer Beitrag weist auf das enorme demokratiefördernde Potenzial von kommunalem Engagement hin: Wenn Menschen sich daheim, in ihrer Gemeinde, ihrer Stadt, ihrem Grätzl in Arbeitsgruppen treffen, denen echte politische Fragen zur Lösungsfindung übertragen werden, erfahren sie die positive Bedeutung aktiver Mitwirkung in einem Bereich, wo sie auch tatsächlich etwas zu sagen haben, mitgestalten und Wissen einbringen können.

Als großes Problem wurde erkannt, dass ein beachtlicher Teil der Menschen, die in Österreich leben, arbeiten und Steuern zahlen, vom Wahlrecht deshalb ausgeschlossen sind, weil sie (noch) keine Staatsbürgerschaft besitzen. In Wien sind das zum Beispiel fast 30% der erwachsenen Bevölkerung. Das Problem entsteht, weil einerseits die Staatsbürgerschaft ein unverzichtbares Kriterium für das Wahlrecht darstellt, zum anderen aber der Erwerb der Staatsbürgerschaft in Österreich besonders schwer und langwierig ist. Hier sind Reformen dringend nötig, es ist nicht zumutbar, ein Viertel oder ein Drittel der Steuerzahler, die größtenteils schon seit vielen Jahren in Österreich leben und vorhaben, zu bleiben, von der demokratischen Mitwirkung auszuschließen.

Diesen Problemen stehen einige positive Trends gegenüber: eine Zunahme der direkten Partizipation, ein verstärkte Bereitschaft junger Menschen zum politischen Engagement (vor allem bei großen Themen wie dem Klimaschutz), ganz allgemein eine neue Lust an Innovationen im Bereich demokratischer Mitwirkung.

Die Corona-Krise hat die Veränderungen der Demokratie stärker sichtbar gemacht und beschleunigt, es handelt sich aber um längerfristige Trends, die durch kurzfristige Entwicklungen nicht grundsätzlich verändert werden.

Welche Trends verändern die Demokratie?

Die Demokratie ist zumindest in Österreich nicht grundsätzlich in Gefahr, aber sie wandelt sich. So lässt sich der Befund der ersten Phase der Online-Konsultation in extremer Kürze zusammenfassen. Eine ganze Reihe von Fehlentwicklungen geben Anlass zur Sorge: Verlust des Vertrauens in die demokratischen Institutionen und in die gewählten Politiker, drohende Zerstörung des öffentlichen Diskurses durch die sozialen Medien, schleichende Ausgrenzung von ganzen Bevölkerungsgruppen aus der demokratischen Mitwirkung, etc.

Dem gegenüber stehen positive Trends: eine Zunahme der direkten Partizipation, ein verstärkte Bereitschaft junger Menschen zum politischen Engagement (vor allem bei großen Themen wie dem Klimaschutz), ganz allgemein eine neue Lust an Innovationen im Bereich demokratischer Mitwirkung. Hier können die Bürgerräte und Citizens' assemblies genannt werden, die in den letzten fünf Jahren enorm an Zahl und Bedeutung gewonnen haben, oder die erfolgreichen Versuche mit Online-Bürgerbudgets (wie in Paris und Barcelona), bis hin zur Neugründung von ungewöhnlichen Parteien (die Tschechische Piratenpartei, die rumänische Anti-Korruptions-Partei PLUS, Wiosna in Polen). Allerdings muss auch angemerkt werden, dass die weitaus größere Zahl an neu gegründeten Parteien der letzten fünf Jahre in Europa keine liberalen, der Stärkung der Demokratie verpflichteten Parteien waren, sondern rechtspopulistische, nationalistische und migrationsfeindliche Gruppierungen. Diese Gründungen sind oft nur von kurzer Lebensdauer – in der Regel spalten sie sich nach wenigen Jahren, oder implodieren, wenn der Gründer nach internen Streitigkeiten die Gruppe verlässt.

Die Corona-Krise hat die Veränderungen der Demokratie stärker sichtbar gemacht und beschleunigt. Es handelt sich aber um längerfristige Trends, die durch kurzfristige Entwicklungen nur unwesentlich beeinflusst werden. Der wichtigste Treiber ist dabei die Digitalisierung und der durch sie ausgelöste gesellschaftliche Wandel. Zusätzlich müssen auch andere große Megatrends als indirekte Einflussfaktoren berücksichtigt werden: die Globalisierung, der demographische Wandel, die Urbanisierung und Individualisierung, das wachsende Verlangen nach Transparenz, das seinerseits eine Reaktion auf die ständig zunehmenden Möglichkeiten der Überwachung und der Datensammlung darstellt.

1. Wer gehört zum Demos?

Die Demokratie erhebt den Anspruch, ein System der „Volksherrschaft“ zu sein. Der Souverän ist das Volk, die Gesamtheit der Bevölkerung. Praktisch bedeutet dies, dass alle politischen Entscheidungen durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung gefällt werden müssen, wobei dieser Mehrheitswille auch durch regelmäßig stattfindende Wahlen von Repräsentanten, die dann die eigentliche Tagesarbeit erledigen, ausgedrückt werden kann.

Wahlen allein, also eine Kontrolle der Arbeit der Gewählten durch Zustimmung oder Ablehnung, würden allein aber nicht genügen. Sie müssen vielmehr durch Transparenz und Öffentlichkeit ergänzt werden, sowie durch ein gewisses Maß an ständiger Teilhabe, etwa durch die Möglichkeit, Stellungnahmen zu Vorhaben abzugeben oder sich öffentlich zu äußern.

Aber wer genau ist gemeint, wenn in der Ideal-Definition vom „Volk“ die Rede ist? Wen genau umfasst der Begriff „Gesamtheit der Bevölkerung“? Gewiss nicht alle Menschen, die sich zum Zeitpunkt einer demokratischen Entscheidung gerade am entsprechenden Ort befinden – Touristen und andere Reisende sollen logischerweise nicht mitstimmen dürfen. Aber was ist mit Menschen, die zwar irgendwann angereist sind, sich aber schon länger hier aufhalten, hier wohnen und womöglich hier arbeiten? Wer aller gehört zum Demos?

Staatsbürgerschaft als Teilnahme-Kriterium

Die österreichischen Gesetze ziehen den Kreis sehr eng: Wahlberechtigt und berechtigt zum Mitstimmen bei Entscheidungen sind nur Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Dazu kommt, dass auch für den Erwerb dieser Staatsbürgerschaft deutlich strengere Kriterien gelten als in vielen anderen Ländern. So gilt in Österreich das „Ius sanguini“-Prinzip, das heißt, dass Neugeborene nur dann automatisch die Staatsbürgerschaft erwerben, wenn auch die Mutter Staatsbürgerin ist – bei verheirateten Eltern zählt notfalls auch der Vater. Andere Länder, wie Deutschland, Belgien oder Großbritannien wenden dagegen das „Ius soli“ an – wer auf dem Boden dieses Staates geboren wird, ist Staatsbürger. Ein etwas weiches „doppeltes Ius soli“ wird unter anderem in Frankreich, Spanien oder den Niederlanden angewandt, hier muss das Kind sowie mindestens einer der Eltern im Lande geboren worden sein.

Auch die Einbürgerung gestaltet sich in Österreich besonders mühsam, erst nach zehn Jahren Aufenthalt darf man einen Antrag stellen – nur unter ganz besonderen Bedingungen früher – , muss eine ziemliche Liste an Bedingungen erfüllen (darunter Deutschkenntnisse sowie Kenntnisse „der Geschichte Österreichs und des jeweiligen Bundeslandes“) – und dann bleibt es immer noch eine Ermessensentscheidung der Behörde.

Diese doppelte Hürde – nur Staatsbürger dürfen wählen, aber die Staatsbürgerschaft ist sehr schwer zu kriegen – führt zu einem demokratiepolitischen Problem, das von vielen Teilnehmenden am Demokratieforum angesprochen wurde: Ein großer Teil der Menschen, die dauerhaft in Österreich leben, hier Steuern und Abgaben zahlen, dürfen an jenen politischen Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, nicht mitwirken. Bei der Wiener Landtagswahl im Oktober 2020 wurde erhoben, dass rund 30% der erwachsenen Stadtbevölkerung kein Wahlrecht besitzen.

Zwei Aspekte an dieser Situation sind im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Demokratie bedenklich:

1. Die Idee der Demokratie wird ausgehöhlt, wenn die Instrumente der politischen Mitwirkung einem derart großen Prozentsatz der Bevölkerung vorenthalten werden. Die Kriterien, die Österreich für die Zulassung zur demokratischen Mitwirkung voraussetzt, erscheinen nicht zeitgemäß angesichts der Mobilität, die vor allem für urbane Bevölkerungsschichten typisch ist und angesichts der im gesamten EU-Raum bestehenden Niederlassungsfreiheit.
2. Wo es um Zuwanderung aus Drittstaaten geht, wird das Erlernen von Demokratie behindert, wenn die Betroffenen selbst nach vielen Jahren des dauernden Aufenthalts nicht wählen dürfen und damit wenig Anreiz haben sich mit Wahlen auseinanderzusetzen.

Heterogenität der Gesellschaft

Demokratische Mitwirkung geschieht nicht nur durch Mehrheitsentscheidungen. Ebenso wichtig ist es, Interessen von kleineren Gruppen zu berücksichtigen und allenfalls zu schützen. Kompromisse gehören daher ebenso zum Handwerkszeug demokratischer Politik wie der bewusste Verzicht auf die Durchsetzung von Interessen, wenn damit die Interessen einer Minderheit allzu stark berührt werden.

Dieses allgemeine Prinzip stößt in der Praxis aber immer wieder auf Schwierigkeiten. Wann dürfen Mehrheitsentscheidungen über die Einwände von demokratischen Minderheiten hinweggehen? Wann dürfen Minderheitsanliegen die Ziele der Mehrheit durch Veto blockieren?

In den meisten entwickelten Demokratien haben sich Systeme herausgebildet, die den Ausgleich oder Abtausch von Interessen zwischen einzelnen Gruppen gewährleisten (die österreichische Sozialpartnerschaft ist ein Beispiel). Diese Systeme verlieren aber durch gesellschaftlichen Wandel ihre ursprüngliche Relevanz, sie vertreten dann nicht mehr automatisch alle relevanten Gruppen.

1. Wer gehört zum Demos?

Zum Beispiel ist in Österreich derzeit der Interessengegensatz zwischen Jung und Alt nirgendwo institutionell verankert. Das kann einer der Gründe dafür sein, dass sich junge Menschen von den politischen Institutionen nicht vertreten fühlen.

Die Demokratie muss auch die Heterogenität der Gesellschaft abbilden. Damit der Demos wirklich die gesamte Bevölkerung umfasst, muss es neben einem umfassenden Wahlrecht und einer ausreichenden Möglichkeit zur direkten Partizipation auch Organisationen und Foren für das Aushandeln von Gruppeninteressen zwischen diesen Organisationen geben.

2. Sachzwänge und große Ziele

Der Klimawandel hat die Art des politischen Diskurses grundlegend verändert, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen ist der Umgang mit dem Thema ein wichtiges Motiv für den Vertrauensverlust –in zwanzig Jahren Klimapolitik wurde so gut wie nichts erreicht, obwohl es unzählige angeblich verbindliche Zielfestlegungen und noch mehr scheinbar konkrete Maßnahmenpläne gab. Zum anderen hat eine vor allem von jungen Menschen getragene Bewegung die Klimapolitik zum Anlass genommen, um die Spielregeln des Diskurses grundsätzlich in Frage zu stellen. Der Anspruch dieser Gruppe (u.a. Fridays for Future) lautet: Die drohenden Veränderungen des globalen Klimas sind ein so großes und umfassendes Problem, dass sie der tagespolitischen Auseinandersetzung entzogen werden müssen. Um Klimapolitik darf nicht gestritten werden, sie muss zügig umgesetzt werden, weil es ohnehin schon fast zu spät ist.

Sie werfen damit ungewollt die Frage auf, wie die Demokratie mit Fragen umgehen soll, die von fundamentaler, womöglich überlebenswichtiger Bedeutung sind, sodass sich Skeptiker dem Vorwurf aussetzen, mit ihrem Widerstand Leben zu gefährden. Bei den Notmaßnahmen gegen die erste Welle der Corona-Pandemie tauchte dieses Problem ebenfalls auf, wurde aber durch die Tatsache gemildert, dass die Gefährlichkeit des Virus zu Anfang noch unbestritten war und außer Frage stand, dass es sich um kurzfristige Maßnahmen handeln würde.

Hinter dem Kampf gegen den Klimawandel steht hingegen eine breite Allianz, die sehr verschiedene Gruppen vereint und zudem in jeder Hinsicht global dimensioniert ist: Die Gruppen sind weltweit vernetzt, protestieren zwar an einem Ort und stellen dort Forderungen an eine konkrete nationale Regierung, es geht aber um ein globales Anliegen. Auch inhaltlich laufen die Forderungen auf ein gewaltiges Ziel hinaus, nämlich den Totalumbau des Wirtschaftssystems.

Ein demokratisch befriedigender Umgang mit Themen dieser Dringlichkeit und dieser Tragweite erfordert Transparenz und eine faktenbasierte Diskussion. Die Gefahr für die Demokratie besteht einerseits darin, dass solche Themen elitär auf Expertenebene abgehandelt werden – weil „die Menschen draußen“ die Zusammenhänge „ohnehin nicht verstehen“. Zum anderen kann, wo dieser Informations- und Aufklärungsmangel tatsächlich besteht, ein populistischer, emotional aufgeladener Diskurs entstehen, bei dem nicht fundierte Meinungen aufeinanderprallen und den objektiven Fakten grundsätzlich misstraut wird.

1. Klimawandel, Nachhaltigkeit und Ökologie

Offene Daten, deren Konsequenzen für interessierte Bürger*innen jederzeit nachvollziehbar sind, schaffen die Grundlage, sich uneingeschränkt zu beteiligen.

3. Vertrauen in die Politik

Mangelndes oder sogar schwindendes Vertrauen in die politischen Institutionen einerseits und die politischen Akteure andererseits sind zwei der am häufigsten genannten Ursachen für die bestehende Sorge um die Demokratie. Tatsächlich zeigen viele Untersuchungen, dass sich die Wähler*innen quer durch das Parteienspektrum und quer durch die Institutionen von ihren gewählten Repräsentant*innen nicht mehr vertreten fühlen. Zunehmend entsteht der Eindruck, dass die wirklichen Entscheidungen „ohnehin woanders getroffen werden“. Dieser Befund gilt sowohl für das österreichische Parlament und die österreichische Bundesregierung als auch für die Repräsentanten auf Ebene der Europäischen Union und erst recht für die politischen Parteien.

Die Ursache wird von den Teilnehmenden des Demokratieforums überwiegend in der Tatsache gesehen, dass die Politik aus der Sicht vieler Bürger*innen die offenkundig anstehenden Probleme nicht lösen kann. Zwei Quellen des Misstrauens ragen hier besonders hervor, nämlich zum einen das nicht eingelöste Versprechen der allgemeinen Teilhabe am Wohlstand, zum anderen das Versagen in der Migrationspolitik. Wenigverdiener erleben seit vielen Jahren, dass die unteren Einkommen real kaum steigen und dass Jobs immer weniger sicher sind und fühlen sich daher von der Politik im Stich gelassen. Bei der Migration reicht die Unzufriedenheit quer durch das weltanschauliche Spektrum: Die einen sind empört über den unmenschlichen Umgang mit Asylwerbern, die anderen fühlen sich durch die weiterhin stattfindende Zuwanderung verängstigt, die liberale Mitte ist über die Defizite bei der Integration der bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund entsetzt.

Neben dem Gefühl des Versagens beim Lösen von Problemen nagt auch die mangelnde Transparenz des Regierens am noch bestehenden Vertrauensvorschuss: Die Art, wie Gesetze zustande kommen, ist vielfach schwer nachvollziehbar, und erst recht sind die fertigen Gesetze für den größten Teil der Normalbürger*innen unlesbar und unverständlich.

Misstrauen gegenüber den Mächtigen ist grundsätzlich nichts Negatives, wenn es in erhöhte Aufmerksamkeit und den Wunsch nach Kontrolle mündet. Hingegen geht davon eine Gefahr für die Demokratie aus, wenn daraus der Schluss gezogen wird, „ich kann mit meiner Stimme ohnehin nichts ändern“ und diese Resignation in Wahlenthaltung, Demokratieverdrossenheit oder gar eine Ablehnung der Demokratie mündet.

4. Diskursqualität

Demokratischer Diskurs lebt vom Dissens. Er muss offen und tolerant sein, also ein hohes Maß an abweichenden Positionen zulassen. Dabei muss aber stets trennscharf zwischen überprüfbaren Fakten und persönlichen Meinungen oder Interpretationen unterschieden werden.

Politische Positionen können mitunter diametral aufeinanderprallen. Demokratischer Diskurs kann mitunter scharf, emotional und konfliktfreudig geführt werden. Sogar eine feindselige, nicht auf Lösung gerichtete Auseinandersetzung ist durchaus demokratieverträglich. Völlig unzulässig muss es hingegen sein, Fakten und Meinungen zu vermischen.

Fakten haben die Eigenschaft, dass sie entweder wahr oder falsch sind. Was von beiden zutrifft, lässt sich durch wissenschaftliche Verfahren, die von der Person unabhängig sind, herausfinden. Es kann sein, dass Fakten umstritten sind und daher versucht wird, sie zu widerlegen. Es kann sein, dass es sich zum gegenwärtigen Wissensstand noch nicht entscheiden lässt, ob ein behauptetes Faktum wahr oder falsch ist. Aber es muss allen Beteiligten an einem Diskurs klar sein, dass „wahr“ oder „falsch“ nicht vom persönlichen Standpunkt abhängt.

„Alternative facts“ gibt es nicht.

Diese scheinbar banale Grundlage jedes sinnvollen Diskurses wird vor allem in den Sozialen Medien regelmäßig vergessen. Daraus entsteht das Problem, dass die Debatte über manche Fragen rasch jede Lösungsorientierung verliert und sich in Rechthabenwollen erschöpft.

Wenn Meinungen aufeinanderprallen, kommt es sehr darauf an, in welchem Rahmen dies geschieht. Oft werden Diskussionen unter der impliziten Annahme geführt, dass es einfach nur darum geht, für oder gegen etwas zu sein – ein Weg, der zu einem „Wir“ führt, wird gar nicht erst mitgedacht.

Hier können moderierte Diskussionsrunden Fortschritte erbringen, bei denen darauf geachtet wird, dass auch Personen, die sich nicht mit Lautstärke durchsetzen, angemessen zu Wort kommen. Demokratie kann so themenbezogen verwirklicht werden.

Kommunalpolitik, insbesondere die Orts- und Stadtentwicklung kann zum Impuls für die Demokratie werden. Menschen treffen aufeinander und setzen sich mit einem Themenkomplex auseinander, der zum einen alle betrifft, zum anderen so unterschiedliche Bereiche wie Wirtschaft, Soziales, Bildung, Wohnen, Verkehr und Kultur umfasst. Diese Möglichkeit für gelebte Demokratie sollte vermehrt genutzt werden.

5. Unterschiedliche Machtverhältnisse

In einer Demokratie haben alle Bürger*innen dieselben Rechte zur Mitwirkung an Entscheidungen (zumindest gilt das für jene Bürger*innen, die wahlberechtigt sind). Tatsächlich erleben aber die meisten Menschen im Alltag, dass die realen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Interessen sehr unterschiedlich verteilt sind.

Unterschiedliche reale Machtverhältnisse bei theoretischer Gleichheit können viele Ursachen haben:

- ▶ Wirtschaftliche Bedeutung: Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen, die hohe Wertschöpfung leisten und von denen viele Zulieferbetriebe abhängig sind, finden leichter Gehör als Einzelpersonen.
- ▶ Privilegierte Zugänge durch Zugehörigkeit zu einer gerade an der Macht befindlichen Gruppe.
- ▶ Hoher Organisationsgrad von gebündelten Interessen.
- ▶ Themenkonjunktur: Populäre Forderungen werden leichter erfüllt als solche, die öffentliche Kritik und öffentlichen Widerstand erwarten lassen.

Ein wichtiger Punkt ist auch die reale Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Sozialleistungen, etc. Voraussetzung für ein ausreichendes Selbstbewusstsein und eine subjektiv wahrgenommene Selbständigkeit stellt daher auch eine ökonomische Mindestversorgung dar. Wobei damit nicht unbedingt Mindestsicherung im engeren Sinn gemeint sein muss, auch ein halbwegs sicherer Arbeitsplatz vermittelt dieses nötige Gefühl der Basis-Absicherung.

Die letztlich unvermeidlichen, aus der gesellschaftlichen Vielfalt resultierenden Machtverhältnisse müssen in einer Demokratie durch geeignete Verfahren und einklagbare Ansprüche ausbalanciert werden. Wo dies nicht ausreichend gelingt, entsteht ein Gefühl der Ohnmacht, das wiederum in einen Rückzug aus der demokratischen Mitwirkung münden kann. Ein solcher Rückzug wird häufig nicht resignativ sein, sondern rebellisch-destruktiv. Nichts macht wütender als das Gefühl, nicht gehört und nicht gesehen zu werden und trotz formaler Rechte real nichts bewirken zu können.

Allerdings sehen manche Teilnehmende des Dialogforums diese Form der Verdrossenheit auch dem steigenden Individualismus und dem zunehmenden gesellschaftlichen Egoismus geschuldet. Wer nicht bereit ist, Entwicklungen und Zustände umfassender zu denken, dem mangelt es leicht an Verständnis für Entscheidungen, die nicht in seinem Sinne sind. Ein ähnlicher Effekt kann entstehen, wenn die gewählte Partei längere Zeit nicht in die Regierung kommt. Auch daraus kann ein Gefühl der Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit entstehen, auf das die Betroffenen dann durch Verweigerung oder gar Ablehnung der Demokratie reagieren.

6. Rolle der Medien für den demokratischen Diskurs

Trotz der wachsenden Bedeutung der sozialen Medien ist es immer noch in erster Linie Aufgabe der traditionellen Qualitätsmedien, also Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen, die Bühne für den gesellschaftlichen Diskurs bereitzustellen. Demokratie braucht starke Qualitätsmedien, weil Demokratie seriös informierte Bürger*innen braucht.

Die anhaltende wirtschaftliche Krise der Tageszeitungen und politischen Magazine macht es schwierig, diese Aufgabe in gewohnter Weise zu erfüllen. Die staatliche Presseförderung bemüht sich, wettbewerbsneutral zu bleiben, macht daher keinen Unterschied zwischen Boulevardmedien und Qualitätsmedien und verstärkt damit indirekt die Schieflage zwischen Kommerz und Qualität.

Während also klassische journalistische Medien wie Zeitungen, Fernsehen oder Radio an Boden verlieren, wächst die Bedeutung von sozialen Medien sowie Internet-Suchmaschinen als Primärquelle von Informationen. Dort fehlt aber der Filter, den Journalisten bilden, indem sie die Plausibilität und (möglichst) die Wahrheit einer Meldung überprüfen und zudem die Bedeutung eines Ereignisses in den richtigen Maßstab setzen.

In den neuen Medien, vor allem in den sozialen Medien und den diversen Messenger-Gruppen, wird Dahingeschriebenes ungefiltert verbreitet. Dadurch gerät einerseits viel an Fake news, gesteuerter Fehlinformation und schlichtem Unsinn in die Öffentlichkeit. Noch mehr aber fehlt die gemeinsame Basis an vertrauenswürdigen Informationen, die eine Voraussetzung für jeden demokratischen Diskurs darstellen.

Die diversen Fehlentwicklungen wurden schon oft analysiert und beschrieben: Filterblasen, Echokammern, das Verschwimmen von Information und Meinung, die Vergrößerung und Verknappung des Meinungsaustausches, die Entgrenzung durch die scheinbare Anonymität, die Begünstigung und Aufwertung von extremen Außenseiter-Positionen.

Auch die Gegenreaktion gegen diesen Verdummungs-Diskurs führt zu Unbehagen. Allzu schnell wird jemand, der originelle Gedanken oder vom Mainstream abweichende Positionen einbringt, als Wirtkopf oder Fake-News-Verbreiter abgestempelt.

Die Förderung oder Neu-Etablierung von Plattformen für einen sachorientierten Diskurs sollte ein wichtiges Anliegen für jede Demokratiereform sein. Damit können sowohl Förderungen für bestimmte Inhalte oder Formate in traditionellen Medien gemeint sein als auch neue Formen des Austauschs im Internet oder in der realen Welt.

7. Positive Entwicklungen: Megatrend Partizipation

Die Repräsentative Demokratie leidet unter dem Vertrauensverlust der Politiker und politischen Institutionen. Selbst wo das Prinzip der Repräsentation nicht in Frage gestellt wird, gibt es Kritik an der Art der Wahl und der Listenerstellung sowie generell am Prinzip, dass die Wahlen das einzige Instrument zur aktiven Teilnahme für Bürger*innen sein sollen.

Allerdings ist auch die direkte, plebiszitäre Demokratie klassischen Stils ins Zwielficht geraten. Die Brexit-Volksabstimmung in Großbritannien 2016 hat ein Problem ins Rampenlicht gerückt, das von Politologen schon lange davor beklagt worden war, nämlich dass ein Referendum nicht geeignet ist, um Lösungen für strittige, komplexe Fragen zu finden. Ein Referendum spitzt jede Frage auf ein ja oder nein zu. Es gibt weder Kompromisse noch Verhandlungen noch einen Interessensausgleich, sondern lediglich Gewinner und Verlierer. Kommen dann noch eine niedrige Wahlbeteiligung und eine knappe Mehrheit hinzu, so führt das Ergebnis fast immer zu einer noch tieferen Spaltung der Gesellschaft.

Volksabstimmungen und Volksbegehren haben in vielen Fällen sehr wohl ihre Berechtigung, aber sie brauchen als Ergänzung unbedingt andere Formen der Partizipation – verstanden als Möglichkeit für Bürger*innen, am Prozess der Lösungsfindung teilzunehmen, frühzeitig Know-how, Alltagserfahrung und Meinungen einzubringen und Teil eines Informationsflusses zu werden.

Die bestehenden Möglichkeiten im Zuge von Gesetzes-Begutachtungen werden als ebenso unbefriedigend empfunden wie die an sich sehr verdienstvollen Grünbuch-Prozesse der EU. In beiden Fällen erfordert die Teilnahme ein hohes Maß an inhaltlichem und prozessuellem Know-how. Es handelt sich um elitäre Formen der Partizipation.

Frühzeitige echte Partizipation könnte auch ein Mittel gegen die mangelnde Lesbarkeit von Gesetzen und die starke Zunahme von legistischer Geheimsprache sein. Die Tatsache, dass Gesetze nur für Menschen verständlich sind, die sehr intensiv mit der Materie sowie auch mit dem Stil der Textierung vertraut sind, führt zu einem Qualitätsverlust: Ein hohes Maß an Erfahrung und Alltagswissen bleibt ungenutzt.

Die Einbindung und Möglichkeit zur Mitgestaltung bei Lösungsfindungen bedeuten aber auch, dass die Teilnehmenden Verantwortung übernehmen. Solche Prozesse steigern die Mündigkeit der Bürger*innen. Da sie den regulären parlamentarischen Prozessen vorgelagert sind und diesen zu einer höheren Qualität verhelfen, sind sie keineswegs eine Alternative zur repräsentativen Demokratie, sondern stärken diese vielmehr.

7. Positive Entwicklungen: Megatrend Partizipation

Als Instrument der direkten Beteiligung wird von den Vertretern der Klimaschutzbewegung auch der Streik verstanden. Streiks, öffentliche Unruhe und sichtbarer Protest sind in diesem Verständnis nicht letzte Maßnahmen gegen eine sich taub stellende Obrigkeit, sondern normale, legitime Instrumente, um wichtige Themen deutlicher auf die Agenda zu setzen.

8. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Die Digitalisierung wurde als Treiber von Veränderungen identifiziert, die langfristige Auswirkungen auf die Demokratie haben. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung aber viele Chancen für neue Formen der demokratischen Auseinandersetzung und für einen verbesserten demokratischen Diskurs.

So bringt die Digitalisierung neue und verbesserte Informationsmöglichkeiten. Berichte, Studien und sonstige Unterlagen, die für die Ausarbeitung von politischen Lösungen wichtig sind, können online abgerufen und gelesen werden. Behördenwege und der Kontakt zur Verwaltung werden erleichtert.

Wenn die digitalen Möglichkeiten richtig genutzt werden, so ist nicht nur Information, sondern auch Mitwirkung unabhängig von Zeit und Ort möglich – zumindest das Einbringen von Ideen und Stellungnahmen stellt keinerlei Schwierigkeiten dar, einen Engpass kann es lediglich bei der Verarbeitung von Input geben, wenn tatsächlich eine sehr große Zahl von Personen mitwirkt.

Eine völlig neue Qualität bringt der Einsatz von künstlicher Intelligenz. Algorithmen errechnen Muster wahrscheinlichen Verhaltens und treffen Entscheidungen, zum Beispiel über die Qualifikation für bestimmte Jobs oder auch über die Aussichten, dass Förderungen oder Beihilfen bei jemandem „gut angelegt“ sind oder nicht. Die Gefahr besteht, dass politische Entscheidungen nicht mehr gemeinschaftlich getroffen, sondern errechnet werden.

Diese Gefahren müssen rechtzeitig erkannt und diskutiert werden, umso mehr als es im Alltag bereits akzeptierte Gewohnheit geworden ist, dass Algorithmen persönliche Entscheidungen vorwegnehmen und dadurch beeinflussen – zum Beispiel durch vorselektierte Empfehlungen bei Online-Käufen.

Ähnliche gutgemeinte „Empfehlungen“ wären bei Wahlentscheidungen oder bei der Meinungsbildung eine reale Bedrohung für die liberale Demokratie.

Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung

Wir danken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Diskussion für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr umfangreichen Beiträge.

Die 72 bisherigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Online-Diskussion, die Beiträge eingebracht haben, in alphabetischer Reihenfolge, ohne akademische Titel und Angabe von Funktionen (Stand: 10. Oktober 2020):

Hermann Arnold, Johannes Attems, Romana Bauer,
Wolfgang Beran, Elisabeth Berger, Markus Brandstetter,
Siegfried Brenn, Bernd Buschhausen, Erhard Busek,
Nora Deinhammer, Franz Dobusch, Karin Doppelbauer,
Andrea Eder-Gitschthaler, Claus Faber, Sabine M. Fischer,
Franz Fischler, Martin Gerzabek, Franz Grohs,
Christoph Haidl-Piplics, Robert Harm, Martin Höchsmann,
Gabriele Höller, Josef Hörmandinger, Ferdinand Kaineder,
Werner Kerschbaum, Clemens Klingan, Gottfried Kneifel,
Judith Kohlenberger, Werner Kratochwil, Christian Kolarik,
Johann Lefenda, Alois Leidwein, Christoph Leitl,
Alexander Lesigang, Eva Lichtenberger, Werner Linhart,
Elmar Luger, Beate Meinel-Reisinger, Willi Mernyi,
Michael Mrak, Raoul Negri, Claudine Nierth, Willi Nowak,
Michael Nuster, Georg Oberhaidinger, Roman Obrovski,
Bernhard Peer, Heimo Pernt, Franz Pischelsberger,
Ilse Pogatschnigg, Stefan Radel, Wolfgang Rauh,
Katharina Rogenhofer, Walter Rosenkranz,
Barbara Ruhsmann, Gerald Schatz, Johannes Schima,
Manfred Schindler, Karin Schnegdar, Claudia Schwarz,
Stefan Sindelar, Philipp Sonderegger, Georg Spiegelfeld,
Christiane Spiel, Markus Stadlbauer, Wolfgang Stanek,
Wolfgang Steiner, Thomas Stelzer, Christian Swertz,
Rita Trattnigg, Maximilian Urban, Tobias Waltjen,
Marco Wedel, Manfred Welan, Gerhard Wildmoser,
Peter Zaruba

Autoren

Walter Osztovics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

Andreas Kovar

ist Partner von Kovar & Partners und seit zwanzig Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.

Kovar & Partners

Dorotheergasse 7

1010 Wien

Tel.: +43 1 5229220

office@kovarpartners.com

www.kovarpartners.com